

Energiewende gestalten

Vielfältig. Versorgungssicher. Finanzierbar.

Wir haben in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte bei der Energiewende in Deutschland erzielt. Der größte und herausforderndste Teil des Weges liegt aber noch vor uns. Aus unserer Sicht kann die Energiewende am besten unter dem Leitprinzip „mehr Markt wagen und Wettbewerb anreizen“ erfolgreich vollendet werden. Dabei setzt die Politik Leitplanken, innerhalb derer sich Wettbewerber sowie Kundinnen und Kunden möglichst frei bewegen können. Das Fundament für diesen Markt sind solide und zukunftsorientierte Energieinfrastrukturen in den Bereichen Strom, Wasserstoff und Wärme.

Der Investitionsbedarf in den nächsten zwei Dekaden ist enorm! Gleichzeitig sind die haushaltspolitischen Handlungsspielräume begrenzt. Daher setzen wir uns für eine kosteneffiziente Energiepolitik ein: langfristig verlässliche Rahmenbedingungen, marktliche Steuerungsinstrumente, mehr Technologieoffenheit, weniger Detailregelungen und weniger Subventionsbedarf. Darüber hinaus muss die Energiewende stärker als bisher in einem europäischen Kontext gedacht werden. Der Vollendung eines funktionierenden EU-Strombinnenmarktes und insbesondere dem Ausbau des EU-Verbundnetzes kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Gemeinsam mit ihren über 100 Partnerunternehmen ist die Thüga treibende Kraft der Transformation vor Ort. Mit verlässlichen Rahmenbedingungen wollen wir als deutschlandweit größtes Netzwerk kommunaler Energieversorger die Energiewende gestalten: Vielfältig. Versorgungssicher. Finanzierbar.



Vielfalt ermöglichen und Fortschritt sichern

Viele Energiewendemaßnahmen erfordern ein hohes Maß an Praxiswissen und sollten vor Ort durch jeweils passgenaue Planung und Umsetzung konkretisiert werden. Einseitige Eingriffe und Vorgaben in den Wettbewerb der Energieträger, Technologien und Produktangebote lehnen wir daher ab.

Die besten und kosteneffizientesten Lösungen entstehen im Markt. Für den Energiemarkt bedeutet dies, dass der marktliche Ansatz mit echtem Wettbewerb in den Bereichen Erzeu-

gung, Handel und Vertrieb wieder gestärkt werden muss. Dazu muss ein level-playing-field für alle Technologien geschaffen werden, anstatt durch aufwendige, staatliche Detailregelungen wie Technologie- oder Produktvorgaben (Bsp. Dynamische Pflichttarife) Einschränkungen herbeizuführen. Preise und deren Entwicklung sollten unter Berücksichtigung der Systemkosten wieder transparent in den Mittelpunkt der Entscheidung rücken. Ein gesamtheitlicher Blick ist wichtig. Dort wo Wettbewerb bereits existiert, muss Politik keine Zusatzanforderungen ohne Mehrwert setzen (Bsp. 24-Stunden-Lieferantenwechsel). Nur dort, wo Marktversagen droht oder aus der Struktur heraus kein Markt entstehen kann (Netze), sollte mit möglichst marktnahen Instrumenten eingegriffen werden. Hier hat sich der europäische Emissionshandel als wirksame Maßnahme erwiesen und sollte daher für die Zukunft zum zentralen Steuerungsinstrument gemacht und wie geplant um die Bereiche Wärme und Verkehr erweitert werden.

Mehr europäischen Energiemarkt wagen, Preiswettbewerb anreizen, staatliche Eingriffe auf Marktversagen beschränken und Instrumente wie den europäischen Emissionshandel stärken, damit wir einfach und pragmatisch handeln und die Energiewende meistern können.

Dies gilt insbesondere für die Wärmewende. Diese muss technologieoffen sein und den Kommunen mehr Entscheidungsfreiheit einräumen. Die ausufernden Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) müssen zugunsten eines ergebnisoffenen Ansatzes reformiert werden, der die vielfältigen Gegebenheiten im Gebäudebestand und in der Wärmeversorgung berücksichtigt. Statt überbordender bürokratischer Hürden braucht es Vertrauen in die Handlungsfähigkeit lokaler Akteure, die pragmatische Lösungen für eine klimafreundliche Wärmeversorgung entwickeln und schnell umsetzen können. Einseitige Eingriffe in den Wettbewerb und starre Vorgaben nach dem „One size fits all“-Prinzip sind kontraproduktiv, teuer und machen im heterogenen Gebäudebestand wenig Sinn.

Statt starrer Vorgaben durch das Gebäudeenergiegesetz braucht es bei der Wärmewende Technologieoffenheit und Vertrauen in die Kompetenz der Akteure vor Ort – Kommunen und Stadtwerke. Entscheidungsfreiheit für die Kommunen und Bürgerinnen und Bürger sowie die Nutzung aller klimafreundlichen Optionen sind entscheidend.



Versorgungssicherheit als Garant für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien ist für die Deckung einer steigenden Stromnachfrage richtig und wichtig, reicht aber nicht aus, um die Energiewende zu vollenden. Zur Absicherung fluktuierender Erzeugung werden steuerbare Kraftwerke benötigt, im Idealfall mit gekoppelter Wärmeerzeugung. Zeitgleich müssen die Stromnetze in nie dagewesenen Dimensionen ausgebaut werden. Darüber hinaus müssen Moleküle in Form von Wasserstoff und Biomethan über die Gasnetze zu den Kunden gelangen, da es kaum möglich sein wird, alle notwendigen Energieanwendungen durch Elektronen abzudecken. Außerdem werden im Wärmebereich neue Nah- und Fernwärmenetze benötigt. Nur so können wir die Wärmewende in vertretbarer Zeit schaffen und das hohe Maß an Versorgungssicherheit und Resilienz in Deutschland aufrechterhalten.

Moderne und effiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) können flexibel auf Nachfrage reagieren und so zur Stabilisierung des Stromsystems beitragen. Sie stellen dann nicht nur die Wärmeversorgung sicher, sondern können auch bei Engpässen in der Stromversorgung eingesetzt werden. Für lokale Energieversorger sind zukünftig wasserstoffbetriebene KWK-Anlagen ein wichtiges Instrument, um die lokale Versorgungssicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig einen Beitrag zur Dekarbonisierung zu leisten.

Eine zügige Verlängerung des KWK-Gesetzes über 2026 hinaus bis mindestens 2035 ist unerlässlich. Darüber hinaus ist eine Anpassung des KWKG notwendig, um Anreize zum Einsatz von klimaschonenden Brennstoffen sowie einer systemkompatiblen Fahrweise zu schaffen. Mittel- bis langfristig müssen auch diese Kraftwerke in einem geeigneten Kapazitätsmechanismus integriert werden, der die Bereitstellung sicherer Leistung honoriert. Vor diesem Hintergrund begrüßen und unterstützen wir die aktuellen Überlegungen zur Einführung eines kombinierten Kapazitätsmarktes, der auf zentrale und dezentrale Elemente setzt.

Der notwendige Stromnetzausbau hinkt auf allen Spannungsebenen dem Ausbau der Erneuerbaren hinterher. So wird wertvoller Strom aus erneuerbaren Energien nicht aufgenommen bzw. abgeregelt. Redispatchmaßnahmen verursachen Kosten in Milliardenhöhe und mithin steigende Energiepreise. Neben komplexen, langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren liegt dies auch an einem nicht mehr passenden regulatorischen Rahmen, der vergangenheitsorientiert fast ausschließlich auf Kostensenkung setzt.

Es braucht einen Regulierungsrahmen, der grundsätzlich den massiven und vorausschauenden Ausbaubedarf anerkennt, unnötige Bürokratie vermeidet, eine international wettbewerbsfähige und langfristig verlässliche Verzinsung sicherstellt und steigende Betriebskosten berücksichtigt. Zugleich sollte den Netzbetreibern die Nutzung von Batteriespeichern und Elektrolyseuren als Betriebsmittel ermöglicht werden, um schneller erneuerbare Energie aufnehmen und das Netz besser aussteuern zu können.

Der politische oft einseitige Fokus auf Strominfrastruktur muss für die Transformation der Gas-/H₂-Verteilnetze sowie den Ausbau von Nah- und Fernwärme geweitet werden. Ein systemischer, systemdienlicher und integrierter Planungsansatz aller Sparten hilft, um die Kosten für den Netzum- und -ausbau zu reduzieren. Nachdem die Weichen für das Wasserstoffkernnetz gestellt wurden, müssen nun die Rahmenbedingungen für die Gas-/H₂-Verteilnetze zügig angegangen werden. Mit Blick auf den gewünschten Ausbau der Wärmenetze benötigen alle Akteure Gewissheit hinsichtlich der Zukunft der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW): Stadtwerke für ihre Netze, Kommunen für die Wärmepläne und Bürgerinnen und Bürger für ihre Entscheidung über die für sie sinnvollste Heizungsart.

Die Transformation der Gasverteilstetze erfordert die zügige Umsetzung des EU-Gaspakets, eine kohärente Regionalplanung und flexible Anschlussregelungen sowie die Finanzierung und den Aufbau einer krisensicheren Wasserstoff-Speicherinfrastruktur auch in den Verteilnetzen. Wasserstoff-Umstellungskosten sollten zudem über die Gasnetzentgelte gewälzt werden können, um den schnellen Hochlauf zu befördern. Um die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) langfristig auszurichten und finanziell angemessen auszustatten – werden mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr benötigt.



Finanzierbarkeit und Kosteneffizienz gewährleisten

Die Umsetzung der Energiewende erfordert Investitionen der Energiewirtschaft in beispiellosem Umfang. BDEW, VKU und Deloitte rechnen bis 2030 mit Investitionen in Höhe von 721 Milliarden Euro – bis 2035 sogar mit 1,2 Billionen Euro. Andere Studien gehen von noch größeren Beträgen aus. Allein für die Thüga-Gruppe haben wir einen Investitionsbedarf für die kommunale Energiewende von bis zu 90 Milliarden Euro bis 2045 ermittelt. Notwendig werden diese Mittel vor allem für den Ausbau der Strom- und Wärmeerzeugung aus Erneuerbaren und modernen Kraftwerken sowie der Netzinfrastrukturen für Strom, H₂ und Wärme.

Kosteneffizienz, gerade auch im Hinblick auf die geringsten CO₂-Vermeidungskosten, sollte bei der Energiewende im Mittelpunkt stehen. Die Beantwortung der Frage „Wo ist der Euro am sinnvollsten investiert“, sollte dabei dem Markt obliegen. Mit Blick auf die verschiedenen Infrastrukturen sollte es zu einer noch stärkeren integrierten Planung kommen, um Überkapazitäten zu vermeiden und die Systemkosten so gering wie möglich zu halten. Auch die überbordende Bürokratie muss unter die Lupe genommen werden: Auf Bundesebene sind derzeit rund 96.500 Normen in Kraft. 15.500 davon, also rund 16 Prozent, betreffen die Energiewirtschaft. Zu viele, um neue Transformationsprojekte effektiv und in der notwendigen Geschwindigkeit umzusetzen. Der administrative Aufwand und die Umsetzung der Informationspflichten kosten die Energiewirtschaft jährlich 1,5 Milliarden Euro. Geld, das anderswo besser eingesetzt wäre.

Notwendig sind schlankere, vereinfachte Rahmenbedingungen, die auf marktwirtschaftliche Anreize setzen und langfristige Investitionssicherheit bieten. Gleichzeitig müssen die Infrastrukturen – noch stärker als bislang geschehen – sinnvoll aufeinander abgestimmt werden, was integrierte Planungsprozesse aller Sparten voraussetzt.

Vor allem im Bereich des Ausbaus der Stromnetze und der Stromerzeugung, bei der kommunalen Wärmeplanung oder beim Aufbau der heimischen Wasserstoffwirtschaft leisten unklare und aus Investorensicht nicht dauerhaft belastbare Rahmenbedingungen einer allgemeinen Unsicherheit Vorschub. Dies macht die Finanzierung teurer, da die Kapitalgeber höhere Risikoaufschläge ansetzen.

Studien zu den Transformationskosten zeigen klar auf: Wir benötigen langfristig verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen, um Investitionen und Finanzmittel anzureizen. Gleichzeitig müssen für Investitionen in die Transformation auch im internationalen Vergleich attraktive, marktgerechte Renditen ermöglicht werden, und zwar sowohl im regulierten (vgl. oben) als auch im unregulierten Bereich. Die Konditionen sollten risikoadjustiert vergleichbar sein. Darüber hinaus sollte die Idee eines Energiewendefonds unter Rückgriff auf staatliche Ausfallgarantien weiterverfolgt werden.

Die Akzeptanz der Energiewende steht und fällt mit der finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger. Die Bereitschaft, die notwendigen Veränderungen mitzutragen, steigt, wenn die finanziellen Auswirkungen begrenzt, transparent und nachvollziehbar sind. Nur eine sozialverträgliche Ausgestaltung der Energiewende ermöglicht eine breite gesellschaftliche Akzeptanz.

Bei ganzheitlicher Betrachtung sollte die Kosteneffizienz das oberste Gebot bei der Umsetzung der Energiewende sein. Dies transparent und verständlich erklärt sowie flankiert durch die echte Entscheidungsfreiheit der Kundinnen und Kunden.